

Klerikal-homophile Partei – Der Drang sich mit der Welt zu arrangieren

(Rom) Ehe nein, Anerkennung bestimmter Rechte ja. So lautet im Zusammenhang mit Homo-Partnerschaften die neue Formel von Teilen der Kirchenführung und allen möglichen Kirchenvertretern, die wie ein Mantra wiederholt wird. Ehrlicher hieße die Formel: Erkennen wir die Homo-„Ehe“ an, aber nennen wir sie nicht Ehe. Erst vor kurzem vertrat Kurienerzbischof Piero Marini diesen bizarren Standpunkt. Marini war unter Papst Johannes Paul II. päpstlicher Zeremonienmeister und ist seit seiner Entfernung aus diesem Amt durch Benedikt XVI. päpstlicher Delegat für die Eucharistischen Kongresse. Marini begründete die Anerkennung homosexueller Partnerschaften als „notwendig“, „weil es viele Paare gibt, die leiden, weil ihre Rechte nicht anerkannt werden“. Um dann die Einschränkung anzufügen, dass man diese Anerkennung aber nicht „Ehe“ nennen dürfe. Ist alles nur eine Frage der Worte, nicht der Inhalte? Bleibt der Ehe am Ende nur das Privileg, sich mit dem Wort Ehe schmücken zu dürfen?

Die befremdliche Aussage Piero Marinis (nicht zu verwechseln mit dem seit 2007 amtierenden päpstlichen Zeremonienmeister Guido Marini) sorgte für Aufsehen, war aber gar nicht so überraschend. Andere führende Kirchenvertreter hatten sich bereits vor Marini zu Sprechern dieser Position gemacht. Zeichen dafür, dass sich in der Kirche tatsächlich auf besorgniserregende Weise eine homophile Partei breitmacht.

Mangel an Widerstandsbereitschaft, Bequemlichkeit oder Homo-Tendenzen? Was treibt Kirchenvertreter zur Homo-Partei?

Kirchenvertreter schließen sich ihr an, weil sie die Angriffe der Homo-Lobby oder die Kritik der Medien satt haben und nicht selten auch kirchenintern bei Katholiken kein Verständnis mehr für die katholische Lehre zum Thema Homosexualität finden. Mangelnde Sachkenntnis und Widerstandsbereitschaft, Bequemlichkeit und die pastorale Ausrichtung der Kirche, die auf „immer Verständnis zeigen“ getrimmt ist, sind eine wenig geeignete Ausgangsposition, die kirchliche Lehre öffentlich zu verteidigen und als eigenständige Position im öffentlichen Diskurs sichtbar zu machen.

Keineswegs jeder Kirchenvertreter, der sich die eingangs erwähnte Formel zu eigen macht, hat selbst homosexuelle Tendenzen. Es wird aber eine Bereitschaft sichtbar, sich dem heute vorherrschenden homophilen Denken zu unterwerfen und einen Kompromiss zwischen diesem und der kirchlichen Lehre zu finden. Anders ausgedrückt: Teile der Kirche versuchen, sich mit dem dominierenden Zeitgeist zu arrangieren.

Präsident des Päpstlichen Familienrats „öffnet“ gegenüber Homo-Partnerschaften

Bereits Anfang Februar hatte Kurienerzbischof Vincenzo Paglia diesen Standpunkt eingenommen und das ausgerechnet in seiner ersten wichtigen Stellungnahme als neuer Präsident des Päpstlichen Rats für die Familie. Paglia ist auch geistlicher Assistent der Gemeinschaft Sant'Egidio. Es hat etwas erschütternd Kurioses an sich, wenn angesichts der weltweiten Angriffe gegen die Familie ausgerechnet der Vorsitzende des Päpstlichen Familienrats sich gedrängt fühlt, eine Bresche für die Homo-Partnerschaften zu schlagen. Jene Partnerschaften, die das bekannteste Trojanische Pferd sind, um die auf der Ehe gegründete Familie zu zerstören. Bedenkt man, dass dieser Familienrat von Papst Johannes Paul II. ausdrücklich gewollt war, um dieser Fehlentwicklung etwas entgegenzusetzen und den Kampf zum Schutz von Ehe und Familie aufzunehmen, jenen Kampf, den er selbst als die Entscheidungsschlacht des dritten Jahrtausends bezeichnete, und bedenkt man weiter, daß er mit der Ernennung des kolumbianischen Kardinals Alfonso Lopez Trujillo zum ersten Vorsitzenden jemanden damit betraute, an dessen Hingabe für die Verteidigung der Familie kein Zweifel bestehen konnte, wirkt die jüngste Entwicklung umso irritierender.

Aber weder der Ausritt von Kurienerzbischof Piero Marini noch jener von Kurienerzbischof Paglia geschahen zufällig. Der Wille, sich dem derzeit homogewandeten Zeitgeist zu unterwerfen, scheint sich in Teilen der Kirche durchgesetzt zu haben. Die Bischöfe des deutschen Sprachraums versuchten erst gar nicht, wirklichen Widerstand zu leisten. Sie verhielten sich kleinlaut, als die Regierungen in Berlin, Bern und Wien sich des gesellschaftspolitischen Anliegens annahmen und taten so, als gäbe es das Thema eigentlich gar nicht.

Tätigkeit des Gesetzgebers „dringend notwendig“? Welche Rechte werden nicht garantiert?

In Italien machte sich jüngst die Tageszeitung der italienischen Bischofskonferenz *Avvenire* die Formel zu eigen und sprach sich für die Anerkennung von Homo-Rechten aus, nur Hauptsache man nennt es nicht Ehe. Am 13. April wurde ein Leitartikel des Juristen Francesco D'Agostino, Vorsitzender der Italienischen katholischen Juristenvereinigung veröffentlicht. Kurz zuvor hatte der italienische Verfassungsgerichtspräsident Franco Gallo in Überschreitung seiner Zuständigkeit sich in die politische Diskussion eingemischt und das Parlament aufgefordert, die Rechte Homosexueller anzuerkennen. Eine politisierende Justiz ist seit einigen Jahren zu einem neuen Phänomen der politischen Realität in Europa geworden. D'Agostino versuchte die Einmischung Gallos herunterzuspielen, indem er behauptete, der Verfassungsgerichtshofpräsident habe nicht die Einführung einer Homo-„Ehe“ gefordert, sondern „lediglich“, dass Homosexuellen die bürgerlichen Rechte „garantiert“ werden sollen.

Spätestens an dieser Stelle drängt sich die Fragen auf: Welche Rechte? Welche Rechte werden im Umkehrschluss also nicht garantiert, was ja eine Diskriminierung implizieren würde und wohl auch soll?

D'Agostino verwies in seinem Leitartikel auf „verschiedene Formen des Zusammenlebens“, die „wirklichen menschlichen Bedürfnissen“ entsprechen und zum Teil „relevante ökonomische Interessen“ betreffen würden.

Gegen diese angeblichen „Notwendigkeiten“ Rechte anzuerkennen und dem grundlegenden Denkfehler, der den Forderungen zugrunde liegt, hat am 10. Februar 2010 der Erzbischof von Bologna, Kardinal Caffarra mit einer Lehrmäßigen Note Stellung genommen, in der er bewußt die Ablehnung einer Homo-„Ehe“ nicht aus religiöser, sondern aus der Sicht des dem Allgemeinwohl verpflichteten Staates begründete.

Kardinal Caffarra: Homosexuellen werden nicht Rechte vorenthalten, sondern Ehe und Familie werden besonders geschützt

Etwa für versichungs- und vermögensrechtliche Fragen gibt es ausreichend Instrumente des Zivilrechts. Des besonderen Schutzes des Staates bedürfen hingegen die Familien, als Grundzelle des Staates und seiner Ordnung. Der staatliche Schutz der Ehe ist auf die Familie ausgerichtet. Der Staat gewährt ihnen daher zusätzlich zum allgemeinen Standard an Rechten, die jedem Bürger garantiert werden, weitere Sonderrechte in Form von Privilegien, weil die Familien für den Staat einen schätzenswerten Raum darstellen, in dem der Nachwuchs, die Kinder heranwachsen, die künftigen Bürger des Landes, die den Staat tragen werden, die Arbeitskräfte von morgen, die die Mütter und Väter von morgen, die die gedeihliche Weiterentwicklung des Landes sicherstellen. Sie erbringen die entscheidende auf Fortbestand und Zukunft ausgerichtete Leistung für den Staat, deshalb und nur deshalb gewährt der Staat ihnen Sonderrechte, weil sie am gefährdetsten und daher besonders schutz- und förderungsbedürftig sind. Selbst ein Ehepaar ohne Kinder erbringt nicht jede gewünschte, positive Leistung für den Staat, ist aber grundsätzlich dafür offen. Homosexuellen werden daher keine Rechte vorenthalten. Alle ihre Rechte werden garantiert, wie sie jedem Bürger eines Landes garantiert werden. Ihnen wird nicht der Sonderstatus von Ehe und Familie zuerkannt,

weil sie *a priori* durch ihre Lebensentscheidung jene Leistungen für den Staat ausschließen und auch gar nicht erbringen können, die diese Sonderrechte rechtfertigen. Es spielt dabei keine Rolle, welche Ursache Homosexualität hat, ob sie angeblich angeboren ist, wie sie selbst behaupten, eine Persönlichkeitsstörung oder eine freie Entscheidung darstellt.

Homosexuelle haben alle zivilrechtlichen Instrumente zur Verfügung, sich gegenseitig als Erben im Testament zu bedenken, Lebensversicherungen zugunsten des Partners oder auch Mietverträge im Namen beider abzuschließen, wie Homoverbände auf Nachfrage bestätigen. Es geht also um einen politischen Kampf, um die Erzwingung einer mit Stempel und Siegel versehenen Anerkennung der Homosexualität als Lebensform. Was für eine Rolle sollte aber eine sexuelle Vorliebe für den Abschluss einer Lebensversicherung oder eines Mietvertrages spielen? Das kommt einer narzißhaften Fixiertheit auf die eigenen Sexualpraktiken gleich. Mit „Rechten“ und mit dem Staat haben die aber mit gutem Grund nichts zu tun.

Monsignori sollten Dokumente der Kirche und katholischer Juristen lesen

Die Glaubenskongregation führte unter der Federführung ihres damaligen Präfekten Joseph Kardinal Ratzinger in ihren *Erwägungen zu den Entwürfen einer rechtlichen Anerkennung der Lebensgemeinschaften zwischen homosexuellen Personen* vom 3. Juni 2003 unter Punkt 9 aus:

„Nicht zutreffend ist das Argument, dass die rechtliche Anerkennung der homosexuellen Lebensgemeinschaften notwendig wäre, um zu verhindern, dass die homosexuell Zusammenlebenden auf Grund der bloßen Tatsache ihres Zusammenlebens die wirksame Anerkennung der allgemeinen Rechte verlieren, die sie als Personen und als Bürger haben. In Wirklichkeit können sie jederzeit wie alle Bürger, ausgehend von ihrer persönlichen Autonomie, auf das allgemeine Recht zurückgreifen, um rechtliche Situationen von gegenseitigem Interesse zu schützen. Es ist jedoch eine schwerwiegende Ungerechtigkeit, das Gemeinwohl und die authentischen Rechte der Familie zu opfern, um Güter zu erlangen, die auf Wegen garantiert werden können und müssen, die nicht für die ganze Gesellschaft schädlich sind.“

Es bedarf also keiner Sonderrechte, wie die Juristen wissen und auch zugeben, wenn sie nicht aus Angst vor dem Zorn der Homo-Lobby vorziehen zu schweigen. Ein Umstand, der übrigens viel über das vorherrschende Klima aus Einschüchterung und moralinsaurer Luft aussagt, die stickiger zu werden droht als jener „Mief“, gegen den die 68er-Generation rebellierte.

Manche Kirchenvertreter täten gut daran, die *Erwägungen* der Glaubenskongregation und weitere grundlegende Texte der katholischen Naturrechts- und Soziallehre nachzulesen. Vor allem von jenen katholischen Persönlichkeiten, die an der Abfassung der Staatsverfassungen mitgewirkt und dort den Schutz von Ehe und Familie verankert haben. Diesem besonderen Schutz, der niemand anderem ein Recht nimmt, sondern wie dargelegt, nur einer bestimmten Gruppe aus gutem Grund Sonderprivilegien zugesteht, liegen die im Naturrecht verankerten Persönlichkeitsrechte zugrunde. Dabei geht es um das Verhältnis Staat-Person. Der Schutz des Staates sollte gerade auch Schutz vor dem Staat sein, nicht zuletzt wegen der Erfahrungen mit dem Totalitarismus. Nicht der Staat definiert willkürlich das Verhältnis zu den Menschen, da es mit dem Naturrecht ein höheres Recht gibt, dem sich der Staat zu unterwerfen hat.

Die Einführung der Homo-„Ehe“ kommt einer Zerschlagung dieses Verhältnisses von Staat und Person gleich, da das Naturrecht als Rechtsgrundlage zwingend ignoriert werden müsste. Wird der Positivismus zur eigentlichen Rechtsgrundlage des Staates ist das Verhältnis zwischen Staat und Person auch willkürlichen Eingriffen durch eine beliebige Parlamentsmehrheit oder andere Entscheidungsträger ausgeliefert und damit potentiell auch neuen Totalitarismen. Ein Aspekt, den Homo-Aktivisten in ihren Forderungen berücksichtigen sollten. Daraus erklärt sich auch, weshalb die Homo-„Ehe“ ein schwerwiegender, zerstörerischer Angriff auf die Ehe und damit auf die Familie ist, die auf der Ehe gründet. Es spielt dabei auch keine Rolle, ob und wie viele Bürger in „wilder Ehe“ in

irgendwelchen partnerschaftlichen Formen zusammenleben, wie hoch die Scheidungsrate oder jene der Alleinerziehenden ist.

Vatikansprecher Lombardi schließt sich „Homo-Partei“ an

Inzwischen hat sich der kirchlichen „Homo-Partei“ auch Vatikansprecher Pater Federico Lombardi angeschlossen. Am 24. April sagte er im Gespräch mit der internationalen Presse, es müsse „klar gemacht werden, dass die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau eine spezifische und fundamentale Institution in der Geschichte der Menschheit ist. Das hindert nicht daran, dass in irgendeiner Weise andere Formen der Verbindung zwischen zwei Personen anerkannt werden könnten.“

Da sich in den verschiedenen Staaten die Parlamente mit der Frage befassen, und wie Frankreich zeigt, keineswegs im von der Kirche gewünschten Sinn, braucht es konkrete und nicht abstrakte Erklärungen, wie jene Lombardis, die mehr Fragen aufwerfen als beantworten. Anders ausgedrückt: Die Monsignori sollten nicht gebetsmühlenhaft einen neuen Stehsatz von sich geben, sondern präzise sagen, was sie meinen. Angefangen damit, konkret zu benennen: Welches sind diese angeblich bisher verweigerten Rechte, die sogar einen „dringenden“ Eingriff des Staates verlangen, wie der *Avvenire* schrieb? Zweitens: Aus welchem Grund und auf welche Weise sollten „andere Formen der Verbindung zwischen zwei Personen“ anerkannt werden?

Was bisher aus dem kirchlichen Umfeld dazu zu hören war, ist längst und ganz unabhängig von dem, was unter der Bettdecke passiert, durch das Bürgerliche Gesetzbuch geregelt. Um welche Rechte geht es also, dass verschiedene Monsignori das Tätigwerden des Gesetzgebers einfordern? Eine präzise Frage verlangt nach einer präzisen Antwort. Die Homo-Partei im Vatikan wird darauf Antwort geben müssen.

„Wir befürchten jedoch, daß hinter diesen Ausritten im besten Fall mangelnde Sachkenntnis steckt und der Wunsch modern und dialogbereit zu erscheinen“, so Riccardo Cascioli, der Chefredakteur der katholischen *Nuova Bussola Quotidiana*. Die Bereitschaft mancher Kirchenvertreter mit der Welt Kompromisse einzugehen und der Welt zu gefallen, scheint recht groß. „Sie sind sich nicht bewusst, dass das der beste Weg ist, sich zum Gespött für die Welt zu machen“, so Cascioli.

In kirchlichen Einrichtungen wird Homosexualität teils als gleichwertig präsentiert

Für Cascioli ist „das aber nur im besten Fall so“, weil es in der Kirche eine theologische und pastorale Richtung gibt, die offen mit der Homo-Ideologie sympathisiert: in den Seminaren, den theologischen Fakultäten, den Kursen für die Religionslehrer, Pastoralassistenten und Gemeindereferenten-ausbildung ist es an manchen Orten schon üblich, Heterosexualität und Homosexualität unter Außerkraftsetzung des kirchlichen Lehramtes völlig gleichwertig zu präsentieren. „Hatte nicht schon Carlo Maria Martini in seinem „geistlichen Testament“ geschrieben, dass die Kirche 200 Jahre hinten ist? Jeder Eingriff des Gesetzgebers zur Anerkennung homosexueller Partnerschaften ist unter diesem Gesichtspunkt nur ein Vorwand, um den homosexuellen Lebensstil zu legitimieren, den offensichtlich verschiedene Kirchenvertreter gutheißen“, so Cascioli.

Entschuldigend kann zumindest teilweise für einige Prälaten angeführt werden, man denke an den Erzbischof von Berlin, Rainer Kardinal Woelki, dass sie von Journalisten dauernd zum Thema provoziert werden, um ihnen irgendeinen Halbsatz zu entlocken, der sich als Anklage gegen die Kirche oder als Öffnung Richtung Homosexualität als Schlagzeile verkaufen lässt. Manchen Kirchenvertretern fällt dann nichts besseres ein, als irgendetwas zu sagen, was nicht Hand und nicht Fuß hat und nicht selten den bohrenden Fragesteller irgendwie zufriedenstellen soll. Zumindest die Bischöfe als Erstverantwortliche sollten imstande sein, zu den schließlich bekannten aktuellen „heißen Eisen“ eine klare kirchliche Linie im Kopf zu haben, die sie jederzeit abrufen können.

Da die Journalistenfragen zu diesem Thema inzwischen wirklich keine Überraschung mehr sind, sollten zumindest die Wohlmeinenden die Gelegenheit nützen, um für die Wahrheit einzustehen. Das bedeutet auch, ohne wenn und aber zu sagen, dass es keine Diskriminierung von Homosexuellen gibt, dass hingegen die Familie diskriminiert wird, sowohl in kultureller als auch in ökonomischer Hinsicht. Je mehr Kinder eine Familie hat, desto mehr ist sie benachteiligt. Es geschieht seit vielen Jahren ein brutaler Kampf gegen die Familie und damit genau das Gegenteil dessen, was die Verfassungsväter wollten und das Naturrecht verlangt.

Es werden heute alle möglichen Sonderformen gefördert, aber nicht die Familie als kleinste und damit schutzbedürftigste, vor allem aber als konstitutive Grundzelle von Staat und Gesellschaft. Das ist wirkliche Diskriminierung. Hier hätte der Gesetzgeber dringend einzugreifen, nicht wegen zusammenlebender Paare und schon gar nicht aufgrund irgendeiner sexuellen Neigung.

Quelle: [Website: Katholisches - Magazin für Kirche und Kultur](#)

Eine Auflistung der Kardinäle und Bischöfe, die homosexuelle Zivilehen unterstützen

Ein gewisser Tom hat auf angelqueen.org eine Liste der Bischöfe und Kardinäle publiziert, die sich der Lehre der Kirche widersetzen, indem sie die zivile Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften fordern:

- April 2013 Erzbischof Piero Marini, Präsident des Päpstlichen Komitees für die Eucharistischen Kongresse (Unterstützung für eheähnliche Gemeinschaften)
- April 2013 Kardinal Christoph Schönborn von Wien, (Unterstützung für eheähnliche Gemeinschaften)
- April 2013 Kardinal Rubén Salazar von Bogota, Kolumbien (Unterstützung für eheähnliche Gemeinschaften)
- März 2013 Kardinal Theodore McCarrick, emeritierter Erzbischof von Washington (Unterstützung für eheähnliche Gemeinschaften)
- Febr. 2013 Erzbischof Vincent Paglia, Leiter des Päpstlichen Rates des Vatikans für die Familie (unterstützt "Rechtsschutz" für gleichgeschlechtliche Beziehungen)
- Januar 2013 Französisch Bischofskonferenz, Kommission für Familie und Gesellschaft (Unterstützung eheähnlicher Gemeinschaften als Alternative zur vollen Ehe)
- Dez. 2012 Bischof Giuseppe Fiorini Morosini, Diözese Locri-Gerace in Kalabrien (unterstützt "Rechtsschutz" für gleichgeschlechtliche Beziehungen)
- Mai 2012 Kardinal Rainer Woelki von Berlin (Unterstützung für gleichgeschlechtliche Beziehungen)
- März 2012 Diözese von New Hampshire (eheähnliche Gemeinschaften als Alternative zur vollen Ehe)
- März 2012 Bischof Geoffrey Robinson (komplette Reform aller sexuellen Lehre)
- Febr. 2012 Bischof Charles Scicluna von Malta (Unterstützung für gleichgeschlechtliche Beziehungen)

- Jan. 2012 Bischof Paolo Urso von Ragusa, Italien (de facto Unterstützung für eheähnliche Gemeinschaften)
 - Nov. 2011 Erzbischof Vincent Nichols, Westminster (sieht "Wert" in homosexuellen Lebenspartnerschaften)
 - Juli 2010 Willie Walsh, der scheidende Bischof von Killaloe (Respekt für gleichgeschlechtliche Beziehungen)
 - ? 2010 Kardinal Bergoglio, **jetzt Papst Franziskus** (eheähnliche Gemeinschaften als Alternative zur vollen Ehe).
 - Juni 2010 Bischof Januario Torgal Ferreira, Portugiesisches Ordinariat für Streitkräfte (Unterstützung für gleichgeschlechtliche Beziehungen) Juni 2010
 - Juni 2010 Bischof Francis A Quinn, pensionierter Bischof von Sacramento (komplette Veränderung aller sexuellen Lehre)
 - April 2010 Kardinal Schönborn von Wien, (Unterstützung für gleichgeschlechtliche Beziehungen)
 - Aug. 2009 portugiesischen Bischöfe (eheähnliche Gemeinschaften als Alternative zur vollen Ehe)
-

Quelle: [Gloria-TV](#) vom 02.05.2013